

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz,
sehr geehrte Mitglieder des Auswahlgremiums,
sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchte ich mich ganz herzlich für den Wilhelm-Liebknecht-Preis und die Einladung zur heutigen Feier bedanken. Ich freue mich sehr über diese Wertschätzung meiner Forschungsarbeit und darüber, heute hier zu sein.

Wir befinden uns heute im Wilhelm-Liebknecht-Haus, das – wie man unschwer erkennen kann - eine Kita und ein Familienzentrum mit vielen Beratungsangeboten beherbergt. Das Haus wird aber nicht nur als Kita, sondern auch regelmäßig als Wahllokal genutzt. Wirft man einen kurzen Blick in die Wahlstatistiken, so sieht man allerdings, dass in dem Bezirk dieses Wahllokals weniger Menschen zur Wahl gehen als im Gießener Durchschnitt - und vor allem viel weniger Menschen als in den wohlhabenderen Gegenden in den zentrumsfernen Stadtteilen.

Dieser Umstand ist keine Besonderheit dieses Stadtteils, oder gar der Stadt Gießen, sondern ein mittlerweile recht bekanntes Phänomen: dort, wo die Menschen gut verdienen und die Arbeitslosigkeit gering ist, geben viele Menschen am Wahlsonntag ihre Stimme ab. Dort, wo Armut und Arbeitslosigkeit hoch sind, bleiben immer mehr Menschen resigniert zuhause. In manchen

deutschen Städten beträgt der Unterschied in der Wahlbeteiligung zwischen armen und reichen Stadtteilen mittlerweile über 40 Prozent!

Das war allerdings nicht immer so. Die soziale Kluft in der Wahlteilnahme hat sich in den letzten 30 Jahren stetig vergrößert, auch angetrieben durch die wachsende Einkommensungleichheit. Die Bundesrepublik ist heute also – wie der Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel es gerne ausdrückt - eine „Zweidrittel-Demokratie“; eine Demokratie, in der das untere Einkommensdrittel zu großen Teilen aus der politischen Beteiligung ausgestiegen ist. Und dies gilt nicht nur für Wahlen: auch und gerade in politischen Parteien engagiert sich heute hauptsächlich die gut situierte Mitte der Gesellschaft. Und die Parteien selbst? Auch sie scheinen nicht mehr überall daran zu glauben, die Politikverdrossenen zurückgewinnen zu können. So entdeckt man heute in manchen armen Stadtteilen selbst kurz vor der Bundestagswahl kaum mehr ein Wahlplakat.

Für Wilhelm Liebknecht wären diese Entwicklungen sicher ein großer Grund zur Sorge gewesen. Nicht nur als Mitbegründer der SPD und langjähriger Reichstagsabgeordneter, sondern auch mit seinem Engagement für Arbeiterbildungsvereine, hat er sich sein Leben lang dafür eingesetzt, gerade die Benachteiligten der Gesellschaft politisch zu mobilisieren und zu organisieren.

Für mich waren diese Entwicklungen der Anlass, mich in meiner Dissertation mit den politischen Folgen sozialer Ungleichheit näher zu befassen. Dabei wurde ich von Anfang ganz besonders von meinem Promotionsbetreuer Armin Schäfer unterstützt. Dafür möchte ich mich heute nochmal herzlich bei dir bedanken, Armin. Der intensive fachliche Austausch mit dir und deine begeisterte Überzeugung, mit politikwissenschaftlicher Forschung auch in Gesellschaft hineinwirken zu können, haben mich immer wieder in meiner Arbeit bestärkt und motiviert.

Worum geht es also in meiner Arbeit? Der Kern meiner Studie behandelt den Zusammenhang von sozialer und politischer Ungleichheit in Deutschland. **Kann eine Demokratie ihr Gleichheitsversprechen halten, wenn Einkommen immer weiter auseinanderdriften und die Armen sich kaum noch beteiligen?** Ich habe mich dieser Fragen mit einer empirischen Untersuchung der politischen Repräsentation in Deutschland genähert und für den Zeitraum der letzten drei Jahrzehnte untersucht, wessen Anliegen im politischen Prozess Gehör gefunden haben.

Um dieser Frage auf den Grund zu gehen, habe ich mehr als 700 Sachfragen aus repräsentativen Umfragen ausgewertet, die Vorschläge zu konkreten Politikänderungen enthalten. Die Sachfragen wurden zwischen 1980 und 2013

gestellt und spiegeln hauptsächlich politische Reformvorschläge wider, die zum jeweiligen Zeitpunkt in der Öffentlichkeit diskutiert wurden.

Bei der Zusammenstellung geeigneter Fragen für meine Untersuchung habe ich somit eine kleine Zeitreise in die großen bundesdeutschen Debatten der letzten drei Jahrzehnte unternommen. Das Spektrum der Themen war dabei so vielfältig wie es auch die im Bundestag und in der Öffentlichkeit geführten Debatten sind: die Fragen reichen von der Beurteilung einer gesetzlichen Frauenquote über Atomenergie bis hin zu Fragen nach Kürzungen oder Ausweitungen von bestimmten Sozialausgaben.

„Was ist Ihre Meinung zum Thema Frauen in der Bundeswehr: sollten Frauen die Möglichkeit erhalten, sich freiwillig zur Bundeswehr zu melden?“ wurde beispielsweise 1984 gefragt.

Oder eine Frage aus dem Jahr 1999: *„Zur Zeit wird über eine Erhöhung der Erbschaftssteuer gesprochen. Sind Sie dafür, dass die Erbschaftssteuer erhöht wird, oder sind Sie dagegen?“*

Auch wenn Fragen aus allen Politikfeldern kommen, behandelt ein großer Teil der Fragen wirtschafts- und sozialpolitisch relevante Vorschläge. Vorschläge zur Einführung der Pflegeversicherung in den 1990er Jahren sind beispielsweise ebenso in meiner Untersuchung enthalten wie Fragen zu Steuerreformen, der Riesterrente oder dem Mindestlohn.

Für jeden der konkreten Vorschläge, der in den Umfragen abgefragt wurde, habe ich die Höhe der Zustimmung in verschiedenen Bevölkerungsgruppen erhoben, zum Beispiel in verschiedenen Einkommens-, Berufs- oder Altersgruppen. Gleichzeitig habe ich recherchiert, ob der Vorschlag vom Bundestag umgesetzt wurde oder nicht. Auf diese Weise konnte ich zwei miteinander verknüpfte Forschungsfragen systematisch auswerten: Erstens, wo zentrale Konfliktlinien in unserer Gesellschaft verlaufen, und zweitens, wessen politische Meinungen und Anliegen sich in den Entscheidungen des Bundestages widerspiegeln.

Wichtige gesellschaftliche Spaltungslinien, und das ist das **erste zentrale Ergebnis** meiner Arbeit, verlaufen weiterhin stark entlang sozialer Klassen. Arm sein oder reich sein bedeutet eben nicht nur, dass man sich mehr oder weniger leisten kann. Wie politische Probleme wahrgenommen und welche Reformen als sinnvoll erachtet werden, hängt stark von der eigenen sozialen Stellung auf dem Arbeitsmarkt und der persönlichen Einkommenssituation ab. Während eine Rentenkürzung für die einen beispielsweise das Risiko von Altersarmut deutlich erhöht, bedeutet sie für andere gerade mal einen Verzicht auf den zweiten Jahresurlaub. In meiner Studie zeigt sich dann auch, dass die durchschnittlichen Meinungsunterschiede zu den untersuchten politischen Vorschlägen immer größer werden, je höher die soziale Distanz zwischen Einkommens- oder Berufsgruppen ist. Dies gilt für alle Politikfelder, aber besonders groß sind die

Meinungsunterschiede bei Reformvorschlägen zu Wirtschafts- und sozialpolitischen Themen. Dabei prägt die eigene sozio-ökonomische Stellung die politischen Ansichten stärker als andere soziale Merkmale – wie zum Beispiel das Alter oder das Geschlecht der Befragten - und im Laufe des Untersuchungszeitraumes zeigt sich eine zunehmende Polarisierung der politischen Anliegen.

Damit stellt sich die Arbeit gegen die in den 1980ern und 1990ern prominent gewordene These, dass die politische Bedeutung sozialer Klassen in Auflösung begriffen sei. Unter Titeln wie „The Death of Class“ oder „Jenseits von Stand und Klasse“ argumentierten einflussreiche Soziologen damals, dass im Zuge von Bildungsexpansion, einem starken Sozialstaat und einer generellen Anhebung des Wohlstandsniveaus die sozialen Risiken in modernen Gesellschaften zunehmend gleich verteilt seien – mit der Folge, dass die eigene soziale Position immer unbedeutender werde für politische Einstellungen und politisches Verhalten. Heute wissen wir, dass mit der zunehmenden Einkommensungleichheit die soziale Mobilität abgenommen hat; und viele Risiken wie Arbeitslosigkeit oder Krankheit weiter sehr ungleich verteilt sind. Vor diesem Hintergrund scheint es nur einleuchtend, dass die Unterschiede in den politischen Anliegen nicht kleiner, sondern sogar größer werden.

Wie aber entscheidet der Bundestag, wenn Arm und Reich nicht dasselbe wollen?

Wenn ich die Meinung zu den politischen Vorschlägen mit den Entscheidungen des Bundestages systematisch vergleiche, dann zeigt sich ein deutliches Ergebnis: Wenn eine große Mehrheit der Besserverdienenden einen Vorschlag befürwortet, dann steigt auch die Chance, dass er umgesetzt wird. Für Menschen mit geringem Einkommen, einfache Angestellte oder Arbeiter gibt es dagegen keinen signifikanten Zusammenhang zwischen dem, was diese Gruppen politisch möchten, und dem, was politisch umgesetzt wird. Wie politisch entschieden wird, ist unabhängig davon, ob viele oder wenige arme Bürgerinnen und Bürger eine Reform befürworten. Dieses Muster verstärkt sich sogar noch, wenn die Meinungsunterschiede zwischen Armen und Reichen groß sind. Die Verkäuferin im Supermarkt oder der Fensterreiniger erleben also viel seltener, dass ihre Anliegen vom Bundestag umgesetzt werden, als die Hochschulprofessorin oder der Besitzer einer gut laufenden Anwaltskanzlei.

Das heißt natürlich nicht, dass alle Reformen der letzten Jahrzehnte gegen den Willen der unteren Einkommensgruppen beschlossen wurden. Nicht alle Vorschläge waren umstritten, und viele Reformen wurden von einer breiten Bevölkerungsmehrheit unterstützt – so zum Beispiel der Ausbau von Kita-Plätzen oder auch der Mindestlohn. Das ändert aber nichts daran, und hier besteht auch

das Problem, dass die Entscheidungen systematisch zugunsten der Bessergestellten verzerrt sind, wenn die Meinungen auseinandergehen. Am deutlichsten zeigt sich dies in verteilungspolitischen Fragen. Im gesamten Untersuchungszeitraum wurde in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik keine einzige größere Reform beschlossen, die nur von unteren Einkommens- und Berufsgruppen befürwortet wurde, von den oberen aber abgelehnt. Andersrum dagegen gibt es viele Beispiele: viele der einschneidenden Kürzungsreformen wurden mit der Zustimmung der Einkommensstarken und gegen den Willen der ärmeren Bevölkerungsteile beschlossen. Dies ist auch deshalb so relevant, weil hier nicht nur die politische Gleichheit untergraben wird, sondern in der Folge auch eher Maßnahmen beschlossen werden, die die ökonomische Ungleichheit noch weiter verstärken. Insgesamt zeigt sich dieses Muster im gesamten Untersuchungszeitraum und unabhängig von der parteipolitischen Zusammensetzung der Regierung.

Wessen Stimme zählt also? Es ist vor allem die Stimme der ressourcenstarken und politisch aktiven Bürgerinnen und Bürgern, die sich nicht nur lauter und vielfältiger einbringen können, sondern eben auch stärker angehört werden. Wenn aber politische Macht an ökonomische Ressourcen gebunden ist, dann droht die Demokratie ihre Legitimitätsgrundlage zu verlieren.

Diese Befunde, meine Damen und Herren, können zurecht zunächst einmal als Krisendiagnose verstanden werden, als Diagnose einer Demokratiekrise. Das bedeutet aber nicht, dass an dieser Stelle nichts anderes übrigbleibt, als nach dieser Feierstunde pessimistisch gestimmt nach Hause zu gehen. Denn ich denke, dass meine Arbeit nicht nur als Krisendiagnose, sondern auch als Anstoß verstanden werden kann. **Ein Anstoß dazu, wieder stärker ins politische und gesellschaftliche Bewusstsein zu rücken, dass soziale und ökonomische Gleichheit eine wichtige Grundlage für eine funktionierende Demokratie ist – und es deshalb auch lohnt, dafür zu streiten.** Auch Wilhelm Liebknecht stand genau für diese Überzeugung ein. Es ist mir deshalb eine ganz besondere Ehre, dass meine Arbeit mit dem Andenken an ihn heute gewürdigt wird.

Vielen herzlichen Dank!